



**Dieser Bereich
wird
videoüberwacht!**

Weitere Informationen zum Datenschutz nach Art 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) erhalten Sie [HIER](#) oder unter den oben genannten Kontaktmöglichkeiten.

Verantwortliche für die Videoüberwachung:

Stadt Essen
Der Oberbürgermeister
Rathaus, 45121 Essen

Vertreten durch:

Staatsangehörigkeits- und Ausländerbehörde
Kruppstraße 16, 45128 Essen
abh@essen.de

Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten:

Stadt Essen
Stabsstelle Datenschutz
Rathaus Porscheplatz, 45121 Essen
datenschutz@essen.de

**Zwecke und Rechtsgrundlage der
Datenverarbeitung:**

Die Videoüberwachung ist zur Prävention vor Vandalismus und anderen Straftaten erforderlich. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. e, 3 DS-GVO i.V.m. § 20 DSG NRW (Datenschutzgesetz NRW). Die Videoüberwachung erfolgt montags-sonntags von 0-24 Uhr.

Berechtigte Interessen, die verfolgt werden:

Durch den Einsatz der Videoüberwachung können die Eingangs- und Durchgangsbereiche der Behörde überwacht und ein widerrechtliches Eindringen und Aufhalten in diesen verhindert werden.

**Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der
Dauer:**

Die Videodaten werden in Echtzeit auf Monitoren in einem abgetrennten, nur für Berechtigte zugänglichen Bereich des Sicherheitspersonals ausgegeben. Die Videodateien werden auf einem städtischen Server in den Räumlichkeiten der Staatsangehörigkeits- und Ausländerbehörde für 14 Tage gespeichert und dann gelöscht. Eine Übertragung an Dritte findet nicht statt.

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Nordrhein-Westfalen ist die zuständige Aufsichtsbehörde:
Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 2 – 4, 40213 Düsseldorf (Deutschland)